

Beschluss 4: Freiwilligkeit statt Zwang – Gegen den allgemeinen Pflichtdienst und für eine starke Engagementkultur!

Antragsteller*in: Bundesleitung

5 Zurzeit wird in Deutschland darüber diskutiert, ob es einen Pflichtdienst für alle jungen Menschen geben soll. Das würde bedeuten, dass junge Menschen nach der Schule eine bestimmte Zeit im Militär, in einer sozialen Einrichtung oder an anderen Orten arbeiten müssten. Als Katholische junge Gemeinde (KjG) sprechen wir uns entschieden gegen einen solchen Pflichtdienst aus. Wir sind überzeugt, dass ein solcher Pflichtdienst die persönliche Freiheit junger Menschen einschränken und bestehende soziale und geschlechterbezogene Ungerechtigkeiten verschärfen würde. Stattdessen möchten wir die Freiwilligendienste und die Möglichkeit junger Menschen, selbst über ihr gesellschaftliches Engagement zu entscheiden, stärken.

Wir sprechen uns entschieden gegen den Pflichtdienst aus:

- 15 • **Selbstbestimmung:** Jeder Mensch sollte selbst entscheiden dürfen, was er nach der Schule machen möchte. Ein Pflichtdienst zwingt junge Menschen dazu, eine Aufgabe zu übernehmen, die sie vielleicht nicht wollen. Das ist ein großer Eingriff in die persönliche Freiheit und schränkt damit die Zukunftsperspektive junger Menschen ein. Ein Pflichtdienst widerspricht den Freiheits- und Grundrechten und sogar der Europäischen Menschenrechtskonvention. Nach dieser darf niemand gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.
- 20 • **Freiwilliges Engagement statt Zwang:** Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. So ergeben sich nachhaltige Anreize für freiwilliges gesellschaftliches Engagement über die Zeit des Freiwilligendienstes hinaus. Es existiert bereits eine breite Palette an Möglichkeiten für freiwilliges gesellschaftliches Engagement, wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Statt junge Menschen zu einem verpflichtenden Dienst zu zwingen, sollten diese freiwilligen Angebote ausgebaut und stärker gefördert werden, anstatt sie wie seit 2024 sogar noch zu kürzen.
25
30 Ein Pflichtdienst kann im Vergleich zum Freiwilligendienst demotivierend wirken. Wer gegen seinen Willen zu einem Dienst verpflichtet wird, könnte im weiteren Leben das Gefühl haben, seinen Beitrag zur Gesellschaft bereits geleistet zu haben, was sich negativ auf das Ehrenamt auswirken kann.
- 35 • **Mögliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen:** Wir befürchten außerdem, dass ein Pflichtdienst zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Einsatzstellen und der pädagogischen Betreuung durch Träger*innen führen könnte.

Dies könnten das Interesse und die Motivation junger Menschen, sich in diesen Bereichen erneut zu engagieren, weiter verringern.

- 5 • **Gleichberechtigung:** In der Vergangenheit wurden nur Männer zum Militärdienst verpflichtet, was eine klare Ungleichbehandlung darstellte. Als KjG kämpfen wir dafür, dass niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt wird und zwanghafte Rollenzuordnungen abgebaut werden. Ein Pflichtdienst könnte jedoch alte Stereotype verstärken, indem Männer vermehrt für militärische Aufgaben und Frauen für soziale Dienste eingeteilt bzw. eingezogen werden. Diese starren Rollenbilder widersprechen dem Prinzip der Gleichberechtigung. Gleichzeitig wäre es unfair und unsolidarisch, nur junge Menschen ab 18 in die Pflicht zu nehmen, um gesellschaftliche Missstände zu kompensieren. Gleichberechtigung bedeutet, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht oder Alter dieselben Chancen haben sollten.
- 10 • **Keine Lösung für den Fachkräftemangel:** Es wird häufig argumentiert, ein Pflichtdienst könne den Fachkräftemangel in sozialen und pflegerischen Berufen lösen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Bereits heute engagieren sich jährlich etwa 100.000 junge Menschen freiwillig in diesen Bereichen - mehr als zu Zeiten des Zivildienstes. Ein Pflichtdienst hingegen würde nicht nur die enorme Herausforderung mit sich bringen, für 500.000 junge Menschen passende Tätigkeiten zu finden, sondern auch die Neutralität des Arbeitsmarktes gefährden. Anstatt auf Zwang zu setzen, benötigen soziale Berufe vor allem eines: bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und echte Anerkennung. Wenn Aufgaben in diesen Tätigkeitsfeldern mit Zwang verknüpft werden, besteht die Gefahr, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung an Wert verlieren, was den ohnehin bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen könnte.
- 15 • **Eine internationale Perspektive:** Der derzeit von der Politik angedachte Pflichtdienst in Deutschland konzentriert sich vorwiegend auf nationale Dienste. In einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, sollten wir nicht auf nationale Pflichtdienste setzen, sondern junge Menschen ermutigen, sich auch international zu engagieren. Programme wie z.B. Weltwärts, bei denen junge Menschen freiwillig in anderen Ländern helfen können, fördern den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kulturen.
- 20 •
- 25 •
- 30 •

Deshalb fordern wir:

- 35 • **Die Stärkung und den Ausbau von Freiwilligendiensten**, um ausreichend Einsatzplätze zu schaffen und das Engagement für junge Menschen attraktiver zu gestalten.
- **Einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst**, damit jeder junge Mensch die Möglichkeit hat, einen Freiwilligendienst zu leisten. Überall dort, wo (junge) Menschen, Einsatzstellen und Träger sich auf den Abschluss einer Freiwilligendienst-

Vereinbarung einigen, ist diese durch den Bund auskömmlich zu fördern. Dabei müssen unterschiedliche Förderansätze wie zum Beispiel zwischen FSJ und BFD, die die aus der Zivilgesellschaft hervorgegangenen Jugendfreiwilligendienste benachteiligen, abgeschafft werden.

- 5
- **Ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BAföG-Niveau und kostenlosen Zugang zum ÖPNV**, damit Freiwillige nicht durch finanzielle oder strukturelle Hürden benachteiligt werden und ihre Einsatzstelle ohne zusätzliche Kosten erreichen können.
- 10
- **Die Stärkung vielfältiger Einsatzfelder in Freiwilligendiensten**, die von sozialen über ökologische bis hin zu kulturellen und internationalen Bereichen reichen, um den Interessen und Talenten junger Menschen gerecht zu werden.
 - **Die stärkere Förderung einer qualifizierten pädagogischen Begleitung**, damit Freiwillige nicht nur praktische Erfahrungen sammeln, sondern auch persönlich und fachlich wachsen können.
- 15
- **Eine auffordernde Einladung und Beratung** aller Schulabgänger*innen zu den Möglichkeiten, sich in einem Freiwilligendienst zu engagieren.
 - **Die klare Ablehnung eines Pflichtdienstes**, da Zwang dem Prinzip der Freiwilligkeit widerspricht und die Qualität des Engagements gefährden könnte.
- 20
- Als KjG stehen wir zudem überzeugt hinter den Beschlüssen unserer Partner*innen:
- [„Freiwilligendienste jetzt stärken!“](#) der DBJR-Vollversammlung 2020
 - [„Freiwilligendienste sind ein dreifacher Gewinn – für die Freiwilligen, für die Menschen in den Einsatzstellen und für die gesamte Gesellschaft, national wie global.“](#) des Bundesarbeitskreises FSJ von 2023
- 25
- [„Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“](#) der BDKJ-Hauptversammlung 2024
 - [„Freiwilligendienste 2030 - Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit“](#) der verbandlich organisierten Zivilgesellschaft und Zentralstellen der Freiwilligendienste im In- und Ausland
- 30

Angenommen.